

Das Menschenrecht auf Arbeit

... gehört in den Kanon der katholischen Sozialethik. Für die heutige Generation der Christen, die um oder nach dem Vatikanum II geboren wurde, ist das fast so selbstverständlich, dass die Kirche hinter dem Menschenrecht auf Arbeit steht, dass es eigentlich schon fast banal klingt. Das erwartet man von der Kirche heute – und mit dem Papst Franziskus hat sich das als Erwartungshorizont schon wie selbstverständlich in unseren Köpfen eingespart. Es geht dabei nicht um die Banalität der Botschaft an und für sich, sondern darum, dass unser Gehirn es als banal ansieht.

Der Gewöhnungseffekt muss durch eine neue Spannung durchbrochen werden. Die Bedeutung einer Message, einer Botschaft, geht uns eher auf, wenn uns statt ihrer scheinbaren Banalität ihre Komplexität aufgeht. Z.B. dadurch, dass wir das Leben als das „fünfte Evangelium“ begreifen und uns klar machen, dass tagtäglich gegen dieses Menschenrecht im Alltag verstoßen wird. Erst durch eine andere Perspektive als die Gewohnte spüren wir etwas von der ursprünglichen Nichtbanalität; die Komplexität erzeugt eine gewisse Strahlkraft.

In der Not erkennt man seine Freunde

... heißt es in einem Sprichwort. Und so geht es vielleicht manchem, der urplötzlich vom Schicksal der Erwerbslosigkeit überrollt wird. Die Unternehmung trennt sich von ihm und ein kirchliches Arbeitslosenzentrum oder eine Telefonberatung helfen kompetent weiter. Warum nun gerade eine kirchliche Beratungsstelle? Die legendäre Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils formuliert es so: „Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde“ (gaudium et spes 67). Kirchliche Texte der Sozialverkündigung wie z.B. das ökumenische Sozial- und Wirtschaftsworte 1997 hoben und heben – inhaltlich verfasst und eingebunden in die Sprache ihrer Zeit – diesen Aspekt immer wieder neu deutlich hervor. Formal handelt es sich aber um dasselbe: Die Kirche macht sich zum Anwalt eines Menschenrechtes, das zwar in der UN-Menschenrechtskonvention festgeschrieben steht, aber sonst in keiner demokratischen Verfassung irgendeiner modernen Nation verankert wurde. Demokratische und souveräne Staaten tun sich schwer, die Erwerbsarbeit als Menschenrecht anzuerkennen. Denn dann müsste ja staatlicherseits Arbeitslosen entsprechende Arbeitsplätze zugewiesen werden. Moment: Das hatten wir doch schon mal. Planwirtschaft! Und dieses Experiment ging schief. Nur die Kirche fordert es. Das traut man einer Institution, der eher der Ruf vorausgeht, konservative und traditionelle Einsichten und Einstellungen fest zu zurren, wohl weniger zu. Aber wie gesagt: man erkennt Freunde oftmals erst in der Not. Und die Kirche hat was übrig für die, denen das Leben am Rande das Menschenrecht auf Arbeit verwehrt.

Ursprünglich war die Freiheit des Handelns als notwendiger Baustein der Selbstbestimmung des Subjekts vor der Bevormundung absolutistischer und merkantilistischer Herrschaftssysteme gedacht. War Adam Smith (1723-1790), der Urvater des modernen ökonomischen Handelns sowohl als Aufklärer als auch als Moralphilosoph humanistisch an der Autonomie des Subjekts interessiert, so trennte sich diese Verbindung von Effizienz und Autonomie im weiteren Lauf der Geschichte recht schnell voneinander: In der Wirtschaft ging es fortan bald nicht mehr um die Freiheit des Subjekts, sondern um die größtmöglichen Gewinnmargen. Dieser Bruch ist schon in der Periode des sogenannten Manchesterkapitalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts klar und deutlich erkennbar. Es ging primär um die Vermehrung des Kapitals. Auch in Deutschland entstand im 19. Jahrhundert das sogenannte Proletariat, was eine abfällige Bezeichnung für die kinderreichen Familien von schlecht entlohnenden Industriearbeitern während der prosperierenden Gründerjahre war. Die Bezahlung war so schlecht, dass Kinderarbeit gang und gäbe war.

Schon ziemlich früh machte sich die katholische Kirche zur Verfechterin gegen genau solche Missstände und zum Sprachrohr einer dem Menschen entsprechenden Erwerbsarbeit. Das war eher die Ausnahme. Freiheits- und Verfassungsrechte forderten vor allem Studenten, also einer Schicht von eher Intellektuellen. Sie feierten öffentlichkeitswirksam und ausgelassen 1832 das Hambacher Schloss mit ihren wehenden Fahnen, forderten die Freiheits- und Menschenrechte und zogen als Republikaner 1848 nach Frankfurt in das neu und frei gewählte Volksvertretung in die Paulskirche. Die Arbeiter brauchten länger. Bei Hungerskatastrophen, schlechter Hygiene in den Wohnorten, noch schlechter Bezahlung, einem 12- bis 14-Stunden Arbeitstag brauchten sie mehr Zeit, um sich ihrer erbärmlichen Lage und den dies verursachenden Bedingungen ihres Elends bewusst zu werden. Mühselig betrieben

Arbeiter während der Arbeitszeit Bildungsarbeit in den Betrieben, um ihr Selbstbewusstsein zu stärken und Alternativen zu ihrer Vermarktung zu finden. Damals trug auch die katholische Kirche einen wesentlichen Teil bei. Bei Krupp gab es einen als „Roten Kaplan“ liebevoll genannten Priester. Bischof Ketteler thematisierte schon auf dem 1. Deutschen Katholikentag 1848 in Mainz die Arbeiterfrage. Das Kolpingwerk begann 1850 mit der Sorge um Auszubildende und von Verarmung bedrohten Handwerkern. Die „Ersten Allgemeinen deutschen Arbeitervereine“, aus denen die SPD erwuchs, gründeten sich ab 1863. Nicht umsonst wurden in der Ära Bismarck der Katholizismus und der Sozialismus gleichermaßen zum Feindbild der preußischen Staatsräson. Die Gesetze gegen die Sozialisten und die Katholiken läuten die Phase des Kulturkampfes in den 1870er Jahren ein. Dass Bismarck mit dem Essener Großunternehmen Krupp 1883 als erste Sozialversicherung die Krankenversicherung einführt, war eine strategische Abwehrmaßnahme gegen den als Übermacht erlebten Einfluss sozialistischer und katholischer Submilieus im Umfeld der Arbeiterschaft.

Auch die kirchliche Sozialverkündigung – ihr offizieller Beginn datiert 1891 mit der ersten Sozialenzyklika in der Moderne: *Rerum novarum* (RN) - zeigt zwar noch tief verhaftet in der neothomistischen Argumentationsweise, ein deutlich erkennbares Interesse, die Anliegen der Arbeiterschaft zu vertreten: z.B. wird in der Enzyklika eine Regulierung der Wirtschaft durch den Staat (RN 29) sowie eine gerechte Entlohnung (RN 9) von Arbeit gefordert. 90 Jahre später führte Papst Johannes-Paul II mit der Sozialenzyklika *Laborem exercens* in die Sozialverkündigung die Rede „des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital“ (12) ein.

Die kirchliche Sorge um das Menschenrecht auf Arbeit zeigt sich nicht nur vom Aspekt des Lohnzuwachses, sondern vor allem vom Aspekt der Verteilung der Arbeit. In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit in den 1990er Jahren waren die beiden Kirchen oft noch die einzigen Anwälte und Sprachrohr gesellschaftlicher Randgruppen. Durch entsprechende Aktionen und Worte stellte sie klar, dass diese Menschen nicht neoliberal gesprochen zuerst Sozialschmarotzer oder Faulenzer in einer Phase der römischen Dekadenz sind, sondern in der globalisierten Wirtschaft Opfer einer strukturellen Arbeitslosigkeit, die Menschen aus dem Prozess der Erwerbsarbeit und damit sozialer Grundsicherung ausschließt. Dies hatte selbst die SPD in ihrer Agenda 2010 weitgehend aufgegeben – und führte zu einer Spaltung. Die Partei: Die Linke entstand.

Hier können wir mal zusammenfassen: Der Eingangssatz, dass man Freunde erst in der Not schätzen lernt, stimmt für die Kirche weithin. Sie war und ist Freund der Arbeitenden und derer, die Arbeit verloren haben.

Das Leben als das 'fünfte Evangelium'

... mit diesem Zitat des Kardinal Josef Cardijn (1882-1967) will ich diese Botschaft der Arbeit als Menschenrecht erden und ein wenig aus ihrer Banalität holen. Das Leben verschlechtert sich in Deutschland und Europa rasant – besonders für die kommende Generation. Millionen Griechen leben ohne Sozialhilfe und Krankenversicherung, Kriegsflüchtlinge strömen über das Mittelmeer. In der Ukraine tobt ein Krieg. Auch das Erfolgsmodell: Soziale Marktwirtschaft, aus der Bonner Republik gehört der Geschichte an. Im wirtschaftlichen Globalisierungsprozess, der von neoliberalen Spieltheorien und Überzeugungen (be)geleitet wurde, haben wir inzwischen das Primat einer durch und durch flexibilisierten Arbeitswelt, die achtlos die einstigen Sozialerrungenschaften wie zum Beispiel unbefristete Verträge, feste Arbeitszeiten oder geschützte Wochenenden zur Auflösung gebracht hat.

Der Mensch versteht sich weniger als selbstbestimmendes Wesen, denn als „unternehmerisches Selbst“, wie es ein Industriesoziologe bezeichnet: immer und überall einsetzbar zum Dienste der Unternehmung verbunden mit einer hohen Bereitschaft, auf Lohn zu verzichten. Besonders an der nachfolgenden Generation wird gespart. Die Generation unter 30 hat kaum noch Möglichkeiten, in einen unbefristeten Arbeitsvertrag übernommen zu werden. Praktikantenstatus ist ihr los. Diese Generation schleppt sich von Praktikum zu Praktikum. Minijobs sind dann zusätzliche Einnahmequellen. Das ist nicht nur eine Unterschichtenphänomen. Auch Akademiker hangeln sich von Post-Doc zu Post-Doc Lehrauftrag. Kaum jemand winkt noch eine akademische Festanstellung.

Und die Kirche? Sie macht eine merkwürdige Entwicklung durch. Plötzlich steht da ein neuer Papst, der die Armut zum Zentrum macht. Das begeistert. In ihm verkörpert sich die Sehnsucht nach dem mehr, nach einem Primat der Menschlichkeit. Und das trifft nicht nur die Hoffnung auf eine Verände-

rung der Vatikansstruktur. Kirche ist nach dem II. Vatikanum mehr als die verfasste Kirche. Kirche sind wir alle: als Getaufte und Gefirmte. Und dabei gilt: Wir haben alle die Aufgabe „Zeichen und Werkzeug“ für Gottes Handeln in dieser Gesellschaft zu werden. Es geht um den Menschen – theologisch gesprochen als die aus Gott verdankte Existenz, die Person. Deshalb ist jeder Mensch mehr wert als alles Gold dieser Welt. In der Kirche gilt das Primat der Menschlichkeit vor der Primat der Ökonomie. Nach dem II. Vatikanum hat der Markt und die Wirtschaft dem Menschen zu dienen und nicht andersherum (gaudium et spes 67). Das Leben ist und bleibt die Spur, in der Gottes Antlitz sichtbar wird.

Angesichts zunehmender atypischer Beschäftigungsverhältnisse müsste sie täglich dieses Menschenrecht auf Arbeit tief und laut im Bewusstsein der Gesellschaft verankern: nicht nur in Weihnachts- und Osteransprachen. Hier bräuchte es Handlungen, die Gegenzeichen setzen. Nur Maßstäbe und Orientierungen zu verkünden, bringt wenig. Vor allem könnte die Kirche als Dienstgeberin zu einer Avantgarde dieses Menschenrechtes werden. Als großer Arbeitgeber täten sich da neue Felder auf. Kirchliche Dienstgemeinschaften könnten zu einer Experimentiergemeinschaft für menschenwürdige Arbeit werden, die die Arbeit der Menschen nicht mit totem Buchstaben geistlos verwaltet, sondern im Sinnhorizont Talente fördert und fordert. Pflege, Erziehung, Bildung, oder Pastoral: hier steht der Mensch und die Begegnung im Mittelpunkt.

Da ist aber nicht nur die Kirche als Dienstgeber, sondern besonders auch Interessenvertretungen von Arbeitnehmern gefordert. Statt auf zahlende Verbandsmitglieder zu schießen, könnte sich die KAB genau auf solche Jobs konzentrieren, die gesellschaftlich kaum Lobby haben, deshalb schlecht bezahlt werden – aber oftmals, wie in der Pflege, schwierige und nicht gewollte Arbeit leisten. In England gibt es die Rede vom: „white van man“. Dieser ist ein Symbol für eine neue Schicht von Kleinstunternehmern bzw. Scheinselbstständigen, die irr und wirr auf den Autobahnen ihrer Wege ziehen: ohne Absicherung von Auftrag zu Auftrag. Warum baut die KAB nicht Stützpunkte an Autobahnparkplätzen für solche Zielgruppen auf? Es gibt tausende unterbezahlte Jungakademiker, die an deutschen Universitäten nach Schätzungen bis zu 60% des gängigen Lehrbetriebs noch aufrecht erhalten. Warum nicht mal Universitäten oder Fachhochschulen als Zielgruppe in Augen nehmen?

Das sind kleine Vorschläge. Es geht darum, den Tag der Menschenrechte nicht nur als einen Spiegel für Ordinariate und kirchliche Managementabteilungen zu postulieren, sondern gerade Verbände mit dem Ziel die Arbeitswelt zu humanisieren, selbstkritisch nach ihrer Effizienz zu befragen. Sind wir Teil einer Zählorgie oder geht es uns um Seelsorge, einer Mitsorge, einem Mitempfinden, was übersetzt Sympathie heißt, für alle Menschen aus der prägenden Überzeugung, dass jeder Mensch mehr wert ist als alles Gold der Welt. Dann werden wir in gutem Sinne einmal zu Freunden in der Not, aber auch zu Christen, die nicht nur laut bellen, sondern auch mal richtig bissig sind.

Dr. Patrik Schneider, Achern 7/2015